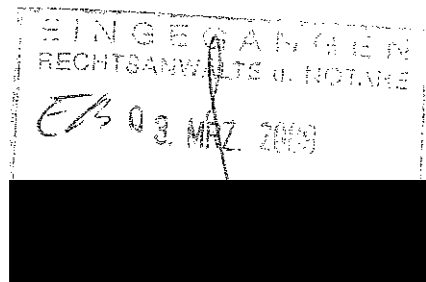


2/6 O 127/04

verbraucherzentrale  
Bundesverband  
09. März 2009  
EINGEGANGEN

U 8968-18



### Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände –  
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., gesetzlich vertreten durch den Vorstand, Frau Prof.  
Dr. Edda Müller, Markgrafenstraße 66, 10969 Berlin,

- Gläubigerin -

Verfahrensbevollmächtigte:



gegen

die Firma Arcor AG & Co.KG, gesetzlich vertreten durch die Firma Arcor Verwaltungs AG,  
diese vertreten durch den Vorstand, [redacted] Alfred-Herrhausen-Allee 1, 65760  
Eschborn,

- Schuldnerin -

Verfahrensbevollmächtigte:



hat das Landgericht Frankfurt/Main – 6.Zivilkammer – durch Vors. Richter am Landgericht  
[redacted] Richter am Landgericht [redacted] und Richterin am Landgericht [redacted] nach  
vorheriger Anhörung der Schuldnerin im schriftlichen Verfahren am 23.02.2009 beschlossen:

Gegen die Schuldnerin wird wegen Zuwiderhandlung gegen die in dem Urteil der Kammer vom 04.08.2004 enthaltene Unterlassungsverpflichtung, nämlich es zu unterlassen, im geschäftlichen Verkehr zu Zwecken des Wettbewerbs Verbraucher unaufgefordert und ohne ihr voriges Einverständnis zu gewerblichen Zwecken anzurufen bzw. anrufen zu lassen, ein Ordnungsgeld von € 5.000,--, ersatzweise für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, für je € 1.000,-- ein Tag Ordnungshaft, letztere zu vollstrecken an dem Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin der Schuldnerin, verhängt.

Die Schuldnerin hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Der Streitwert wird auf € 15.000,-- festgesetzt.

#### Gründe:

Das verhängte Ordnungsmittel ist gemäß § 890 Abs. 1 ZPO gerechtfertigt. Die Schuldnerin hat der im Titel auferlegten Unterlassungsverpflichtung zuwidergehandelt.

Die Schuldnerin bestreitet nicht den Sachvortrag der Gläubigerin, dass am 10.11.2008 und damit nach Zustellung des Urteils vom 04.08.2004 – diese erfolgte am 13.09.2004 – Herr Bernhard Gandolf durch einen ihrer Vertriebspartner zu Zwecken des Wettbewerbs unaufgefordert und ohne sein voriges Einverständnis zu Hause angerufen wurde, wobei auch für Produkte der Schuldnerin geworben wurde.

An dieser Verletzungshandlung trifft die Schuldnerin auch ein Verschulden. Denn dieser oblag es, alle ihr zumutbaren Maßnahmen zu treffen, um Zuwiderhandlungen zu verhüten. Dazu gehört auch die Einwirkung auf Dritte, soweit deren Handlung in ihren Einflussbereich liegt und ihr wirtschaftlich zugute kommt, was bei ihren Vertriebspartnern ohne Weiteres zu bejahen ist. Die Schuldnerin kann sich nicht darauf berufen, dass der Wettbewerbsverstoß ohne ihr Zutun erfolgt sei. Maßgebend ist insoweit, ob sie mit Verstößen durch ihre Vertriebspartner ernstlich rechnen musste und welche rechtlichen und tatsächlichen Einflussmöglichkeiten die Schuldnerin auf diese hat. Zur Unterbindung von Wettbewerbsverstößen ihrer Vertriebspartner gehört es, auf sie durch Belehrungen und

Anordnungen entsprechend einzuwirken. Die Belehrung hat grds. schriftlich zu erfolgen und muss auf die Nachteile aus einem Verstoß sowohl hinsichtlich des Dienstverhältnisses (Kündigung) als auch der Zwangsvollstreckung hinweisen [vgl. Hefermehl/Köhler/Bornkamm, UWG, 26. Aufl., § 12 UWG Rn. 6.7]. Daran fehlt es hier. Der vorgelegte schriftliche Vertriebsvertrag, welchen die Schuldnerin mit jedem ihrer Vertriebspartner abschließt, sieht zwar in § 4 (1) vor, dass seitens des Vertriebspartners im Zusammenhang mit seiner Vertriebstätigkeit für die Schuldnerin keine wettbewerbswidrigen Handlungen begangen werden, und zwar insbesondere in Bezug auf solche Handlungen, die der Schuldnerin durch eine gerichtliche einstweilige Verfügung oder durch die Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung untersagt sind. Dass sie den fraglichen Vertriebspartner auch konkret über den Inhalt der hier in Rede stehenden titulierten Unterlassungsverpflichtung und die Nachteile aus einem Verstoß, nämlich Kündigung der Vertriebsvereinbarung bzw. Verhängung von Ordnungsmitteln schriftlich informiert hat, behauptet sie indes selbst nicht.

Die Kammer hat das beantragte Ordnungsgeld auf € 5.000,-- festgesetzt. Sie hat hierbei sowohl Schwere der Zuwiderhandlung, Verschuldensgrad, den Vorteil für die Schuldnerin einerseits und Gefährlichkeit für die Gläubigerin andererseits berücksichtigt als auch dem Umstand Rechnung getragen, dass die Schuldnerin als ein großes und bedeutendes Unternehmen durch ein empfindliches Übel zur künftigen Einhaltung des gerichtlichen Verbots angehalten wird, zumal es sich hierbei um einen typischen Wettbewerbsverstoß für diese Branche handelt.

Die prozessualen Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 3, 91, 891 Satz 2 ZPO.



Feb. 2009  
Geschäftsstelle